



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2016

Wissenschaft als Orientierungshilfe in der Politik

Kübler, Daniel

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-130677>
Newspaper Article
Published Version

Originally published at:

Kübler, Daniel. Wissenschaft als Orientierungshilfe in der Politik. In: Focus, 1, February 2016, 1.



STANDPUNKT

focus 1/16
Februar

Wissenschaft als Orientierungshilfe in der Politik



Prof. Daniel Kübler

Prof. Daniel Kübler, Politologe
Universität Zürich, Direktor
Zentrum für Demokratie Aarau,
Leiter des NCCR Democracy

Ein Landeanflug im dichten Nebel hat etwas Mystisches. Nur der zunehmende Druck in den Ohren und die Geräusche der Landeklappen lassen erahnen, dass sich das Flugzeug dem Boden nähert - bis dann im Fenster plötzlich die Landebahn auftaucht. Natürlich wissen wir alle, dass ein erfolgreicher Blindflug nicht auf mystischen Gaben des Piloten beruht, sondern auf der Fähigkeit, Instrumentenangaben zu analysieren und daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Ähnlich verhält es sich mit der politischen Steuerung von modernen Gesellschaften. Je komplexer die Probleme, desto wichtiger wird die Verfügbarkeit guter Messinstrumente, deren Anzeigen vor Entscheidungen konsultiert werden können. Daten bereit zu stellen, welche den gesellschaftlichen und politischen Akteuren als Orientierungspunkte dienen, ist die Aufgabe der öffentlichen Statistik. So gibt zum Beispiel der Landesindex der Konsumentenpreise Aufschluss über die jährliche Teuerung. Er stellt bei Lohnverhandlungen einen wichtigen Eckwert dar, der zur Versachlichung der Auseinandersetzungen beiträgt.

Auch bei staatlichen Programmen spielen statistische Kategorien eine wichtige Rolle. Gemäss Artikel 50 der Bundesverfassung soll der Bund bei seinem Handeln Rücksicht neh-

men auf die besondere Situation von Agglomerationen. Was aber ist eine Agglomeration und wie viele davon gibt es? Die Bestimmung von konkreten Perimetern beruht auf der wissenschaftlichen Auswertung von kleinräumig verfügbaren Daten zur Dichte von Einwohnern, Arbeitsplätzen, Logiernächten und Pendlerströmen. Sie bilden den Bezugspunkt für die Agglomerationspolitik, welche der Bund seit der Jahrtausendwende betreibt.

Wissenschaftliche Evidenz spielt ausserdem eine zunehmende Rolle bei der Ausgestaltung staatlicher Massnahmen. So hat eine Dissertation im Rahmen des NFS Demokratie gezeigt, dass datenbasierte Fakten über die Wirksamkeit politischer Massnahmen wichtige Grundlagen bei Gesetzesrevisionen darstellen.¹

Wie die Instrumente der Cockpitbesatzung eines Flugzeugs sind öffentliche Statistik und Wissenschaft wichtige Orientierungshilfen für die Politik. Allerdings stellt die Erhebung der zugrunde liegenden Daten einen Aufwand dar. Diese empfinden viele Datenlieferanten zunehmend als Belastung, wie die aktuellen Diskussionen um die Unternehmensstatistik zeigen. Öffentliche Statistik und Wissenschaft stehen deshalb in der Verantwortung, ihre Erhebungsmethoden laufend zu optimieren. Wenn Statistik stärker als belastend denn als nutzbringend wahrgenommen wird, verliert sie ihren Rückhalt in der Öffentlichkeit. Damit aber ist niemandem gedient. Denn letztlich haben wir alle ein Interesse daran, uns auch im Nebel zurechtzufinden.

1 Kathrin Frey, 2012: Evidenzbasierte Politikformulierung in der Schweiz

Liebe Leserin, lieber Leser

«Glaube nur der Statistik, die Du selbst gefälscht hast», lautet ein geflügeltes Wort. Tatsächlich ist mit Zahlenakrobatik vieles möglich. Gerade weil Analysen zu Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftswachstum oder Siedlungsentwicklung – um nur einige Bereiche zu nennen – komplex sind, braucht es unabhängige Profis, die sich darum kümmern. Und diese brauchen korrekte Daten.

Erhebungen zusammenzustreichen, wie es derzeit im Bundesparlament vorgebracht wird, ist nicht zweckmässig. Es wäre kontraproduktiv und könnte beispielsweise die Berechnung des Teuerungsausgleichs bei den Löhnen gefährden. Ohne verlässliche Daten und Prognosen lässt sich nicht sinnvoll planen und politisieren, auch in den Städten nicht. Deren vielfältiges Leben muss in hochwertigen Statistiken abgebildet werden können. Dieser «focus» widmet sich dem Nutzen der Statistik. Gute Lektüre!

Ihre focus-Redaktion

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Statistik hilft, sie darf aber nicht alleinige Richtschnur sein»


Daniel Brélaz
Stadtpräsident von Lausanne

Der Grüne Daniel Brélaz ist ein Urgestein in der Schweizer Politik und derzeit Vizepräsident der Schweizerischen Städteverbandes. Er sass bereits von 1979 bis 1989 und von 2007 bis 2011 im Bundesparlament. Bei den Wahlen im letzten Jahr schaffte er erneut den Sprung in den Nationalrat. Der ausgebildete Mathematiker ist auch langjähriges Mitglied der Lausanner Stadtregierung: 1990 wurde er Mitglied der Exekutive und 2002 Stadtpräsident. Seine Amtszeit geht im Sommer 2016 zu Ende.

Würden Sie Lausanne in fünf Kennzahlen beschreiben?

141200 Einwohner, 41 km² Fläche, 2,4 Milliarden Schulden (brutto), 18 km² Wald und 26 Mio. Passagiere pro Jahr auf der Metro «m2».

Welche Statistik hat Sie in Ihrer Karriere am meisten erstaunt oder gar schockiert?

Ich bin immer wieder erstaunt über die Machart der Städte-Ratings, in der Schweiz, aber auch global. Deren Ergebnis ist meist durch die Kriterien vorprogrammiert.

Inwieweit sind denn Zahlen ein adäquates Mittel, um das politische und soziale Leben einer Stadt abzubilden?

Für sich alleine sind sie eben kein adäquates Mittel. Ein Beispiel: Um die Schulden einer Stadt zu beurteilen, muss geschaut werden, ob sie durch die Aktiven kompensiert werden. Es braucht präzisere und weniger grobe Analysen.

Lausanne ist im Bereich der Statistik sehr aktiv. In Zusammenarbeit mit dem Kanton werden auch quartierspezifische Analysen erarbeitet, und die Stadt hat an einem «urban audit», einem Städtevergleich der EU, teilgenommen. Fliessen diese Informationen und Vergleiche in die Stadtentwicklung ein?

Wir verwenden diese Indikatoren natürlich auch für die Stadtentwicklung. Sie helfen beispielsweise Massnahmen zu entwickeln, um

zu verhindern, dass gewisse Quartiere an den Rand gedrängt werden.

Zudem können wir die regionale Dynamik erfassen, das hat ebenfalls grosse Bedeutung.

Die Politik steht im Ruf, oft Bauchentscheide zu fällen, ohne nüchterne Daten zu berücksichtigen. Wie sehen Sie dies? Und gibt es einen Unterschied zwischen der nationalen und der lokalen Politik?

Statistische Daten können auch etwas «Paralysierendes» haben, denn Zahlen verändern sich stets und ihre Abhängigkeiten sind oft wenig bekannt. Zudem bilden sie, wie erwähnt, oft auch nur einen Teil der Realität ab. Statistik ist eine gute Entscheidungshilfe, sie darf aber nicht alleinige Richtschnur sein.

Natürlich gibt es Unterschiede zwischen nationaler und lokaler Politik. Insgesamt ist es aber immer ausschlaggebend, wie die zuständigen Politiker Zahlen und Fakten analysieren und interpretieren.

Im Bundesparlament wird vorgeschlagen, KMUs von der Pflicht, statistische Angaben zu machen, zu befreien. Dadurch gäbe es weniger Wirtschaftsdaten. Welches wären die Konsequenzen für die Politik auf kommunaler Ebene?

Es gibt Bereiche in denen die kommunale Ebene betroffen wäre: Tourismus, Verkehr oder Betriebszählungen im Allgemeinen. Insgesamt wäre die Tragweite limitiert. Man muss aber auch festhalten: Eine Statistik ohne KMUs

macht wenig Sinn. Es ist auch alles eine Frage des Masses. Sind wirklich alle Erhebungen notwendig?

Ihre Zeit als Stadtpräsident von Lausanne ist bald vorüber, nach mehr als zehn Jahren. Wie hat sich die Stadt verändert in dieser Zeit, und wie wird sie sich in Zukunft entwickeln?

Jedes Gemeinwesen wird von seinen eigenen Entscheiden geprägt. Gleichzeitig zählt aber, was in der Region geschieht und was im nationalen und globalen Kontext passiert. Dies wird auch in Zukunft so bleiben.

In den letzten 15 Jahren konnte Lausanne seine Finanzen stabilisieren, um 15000 Bewohner zulegen, den öffentlichen Verkehr verbessern und sich wirtschaftlich steigern. Die Probleme in der Wohnbaupolitik sind auf dem Weg der Besserung. Die Stadt ist zur weltweiten Hauptstadt in der Sport-Administration geworden und der bereits exzellente Universitätssektor hat seinen Status noch ausgebaut.

Als Herausforderungen für die Zukunft sehe ich die Energiewende und Veränderungen bei der Mobilität. Auch die Integration von Migranten und die wirtschaftliche Dynamik in einer Zeit der Selbstbezogenheit werden uns fordern. Gleichzeitig gilt es eine würdevolle Sozialpolitik zu bewahren, auch wenn ökonomische und technologische Entwicklungen Arbeitsstellen bedrohen. Und bei alledem müssen die Städte ihre finanzielle Handlungsfähigkeit bewahren.

THEMA

Statistik: Damit die Politik von dem was heute ist, zu dem kommt, was in Zukunft sein soll

Öffentliche Statistik hat keinen Selbstzweck. Erst durch ihre Nutzung für die faktenbasierte Meinungsbildung erhalten statistische Informationen einen Mehrwert. Dieser wird im Zusammenspiel zwischen Produzenten und Nutzern geschaffen. Davon zeugen Publikationen wie das bald erscheinende Jahrbuch «Statistik der Schweizer Städte».



Dr. MBA Georges-Simon Ulrich
Direktor Bundesamt für Statistik BFS

Die Wahrnehmung des Mehrwerts der öffentlichen Statistik ist nicht von Natur gegeben, sondern muss ständig neu vermittelt werden. Die moderne Staatsführung braucht statistische Informationen. In einem demokratischen Staat werden Entscheide auf der Basis von verlässlichen Informationen gefällt, die frei von «äusserer» Beeinflussung produziert wurden und für alle verfügbar sind. Im Zentrum steht die Produktion und Vermittlung von Informationen zu wichtigen Lebensbereichen der Gesellschaft. Diese Informationen dienen der Planung und Steuerung zentraler Politikbereiche, deren Stand und Entwicklung damit beobachtet und beurteilt werden können. Die öffentliche Statistik liefert aber keine kompletten Lösungen, denn gerade zum Schutz ihrer Unabhängigkeit nimmt sie keine wertende Interpretation der Resultate vor. Die öffentliche Statistik beschreibt den Ist-Zustand. Nur durch die Kenntnis darüber, «was ist» und «was war», kann die Differenz zum politisch oder gesellschaftlich Erwünschten, – dem «was sein soll» – ermittelt werden, und somit die Problemlösung faktenbasiert geschehen.

Ein Navigationsgerät für die Planung und Steuerung

Die öffentliche Statistik liefert zu vielen Bereichen Informationen. Das ist ein Teil ihrer Erfolgsgeschichte. Das macht es aber auch schwerer, ihren gesamten Nutzen zu vermitteln. Häufig wird nur wahrgenommen, was im Fokus des persönlichen Interesses steht. Aber welche Bereiche beruhen auf statistischen Informationen?

Ohne Angaben zu Umsatzwachstum und Teuerung fehlten der Nationalbank Grundlagen für die Geldpolitik, die Sozialpartner

vermissten eine unabhängige Basis für Lohnverhandlungen und Gesamtarbeitsverträge, die Anpassung der AHV-Renten aufgrund des gemischten Lohn-Preis-Indexes würde hinfällig, die Produktivität und die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Unternehmen könnten nicht mehr mit jenen in der EU oder anderen Weltregionen verglichen werden – um nur einige Beispiele zu nennen. Das zeigt, dass die öffentliche Statistik nicht nur von der Politik, Verwaltung oder der Öffentlichkeit genutzt wird, sondern auch von der Wirtschaft (Banken, Konjunkturforschung, Versicherungen usw.), den Verbänden und der Wissenschaft. Vor allem aber zeigt es, dass sich die Schweiz in wichtigen Bereichen ohne verlässliche statistische Informationen bald im Blindflug befände. Vom Verkehrsnetz über Schulen, Spitäler, Altersheime bis hin zur Energieversorgung und zu den Sozialversicherungen stehen millionenschwere Investitionen an, die mit Bedacht, und auf der Basis von verlässlichen Grundlagen zu konzipieren sind.

Scheinbar augenfällige Realitäten mit Fakten und Zahlen überprüfen

Neben der Meinungsbildung, Planung und Steuerung stellen statistische Informationen aber auch häufig ein rationales Korrektiv kollektiver Wahrnehmungen dar: Ein Beispiel ist die Beschäftigung im öffentlichen Sektor. Immer wieder liest man in der Presse, dass die Zahl der Staatsdiener stark ansteige. Das BFS ist dieser Frage nachgegangen. Dabei zeigte sich, dass seit über 10 Jahren der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen gegenüber jenem des privaten Sektors stabil geblieben ist. Diese Informationen sind in sich neutral und stellen für die Politik keine Handlungsempfehlung dar, sie helfen aber, die Debatte auf verlässlichen Grundlagen zu führen.

In der öffentlichen Statistik hat das BFS eine zentrale Stellung. So erleichtern seine Grundlagen die Vergleichbarkeit der statistischen Informationen und sichern das wissenschaftliche Fundament der gemachten Angaben. Auch im Bereich der Infrastruktur

werden dadurch die Pflege und Weiterentwicklung zentraler Register wie beispielsweise der Betriebs- und Unternehmensregister oder der Gebäude- und Wohnungsregister oder aber der gesicherte Austausch der Daten ermöglicht. Der wichtigste Beitrag sind aber letztlich die statistischen Informationen, die der Bund, aber eben auch die Kantone und Städte über sich selber erhalten und die ihnen Vergleiche erlauben.

«Es stehen in allen Politikbereichen millionenschwere Investitionen an, die auf verlässlichen Grundlagen zu konzipieren sind.»

Das System der öffentlichen Statistik ist aber mehr als das BFS. Kantonale Stellen, die statistische Ämter der Städte und weitere Bundesstellen tragen einen grossen Anteil bei. Der Mehrwert dieser vom Prinzip der Subsidiarität geprägten Organisation liegt darin, dass die einzelnen Institutionen ihre Kenntnisse über das Funktionieren der regionalen und kantonalen Politik, der lokalen Medien etc. gezielt nutzen können.

Die öffentliche Statistik hat keinen Selbstzweck. Die Statistikstellen aller drei Staatsebenen müssen auf die Nutzerinnen und Nutzer in Politik und Gesellschaft zugehen und gemeinsam mit ihnen definieren, zu welchen Fragestellungen Informationen bereit gestellt werden sollen und können. Damit wird auch in Zukunft der Wert der statistischen Informationen für die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung wahrgenommen und auch der Wert einer unabhängigen und wissenschaftlichen Produktion dieser Informationen geschätzt.

Statistik der Schweizer Städte

Der Schweizerische Städteverband gibt jährlich die «Statistik der Schweizer Städte» heraus. Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit sollen so verlässliche Zahlen über die urbane Schweiz erhalten. 2016 wird die Publikation erstmals in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik erarbeitet, sie erscheint im April. Durch die Kooperation sollen Synergien genutzt und die Zusammenarbeit zwischen den Staatsebenen verstärkt werden. (ssv)

POLITIK

Vorschau auf die Frühlingsession

In der Frühlingsession stehen für den Städteverband der Nationalstrassen- und Agglomerations-Fonds NAF, die Energiestrategie 2050 und die Unternehmenssteuerreform III im Fokus der Aufmerksamkeit. Weitere zentrale Geschäfte sind die Revision des Mehrwertsteuergesetzes und die Diskussionen rund um den Aufwand für statistische Erhebungen.

Energiestrategie 2050

Nachdem der Ständerat das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 beraten hat, ist wieder der Nationalrat am Zug. Beim Langzeitbetriebskonzept und der Laufzeitbefristung für AKW will die vorberatende Kommission auf die Linie des Ständerates einschwenken. Hingegen unterscheiden sich die Vorstellungen, wie die Wasserkraft unterstützt werden soll. Zugleich entscheidet der Ständerat über die Atomausstiegsinitiative. Die Kommission empfiehlt, sie abzulehnen.

Statistikaufwand für KMU

Der Nationalrat hat zwei Motionen zugestimmt, welche Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitenden vom Statistikaufwand befreien soll. Der Bundesrat weist darauf hin,

dass damit rund 98 Prozent der Unternehmen und 44 Prozent aller Beschäftigten nicht mehr statistisch erfasst würden. Deren Daten fehlten für zentrale Wirtschaftsstatistiken. Der Städteverband hofft, dass der Ständerat korrigierend eingreift und den Motionen nicht Folge leistet.

Revision des Mehrwertsteuergesetzes

Der Nationalrat befasste sich bereits in der Herbstsession mit der MWST-Gesetzrevision und bestätigte die bisherige Praxis, die Parkplätze auf öffentlichem Grund von der MWST ausnimmt. Der Bundesrat hätte dies ändern wollen; der Städteverband setzte sich stark dafür ein, die administrativ einfachere Lösung beizubehalten. Auch die vorberatende Kommission des Ständerates empfiehlt dem Plenum dies nicht zu ändern und unterstützt die Erleichterungen für Gemeinwesen, die ebenfalls in der Vorlage figurieren.

NAF: Zukunft der Aggloprogramme sichern

In der Herbstsession 2015 hatte der Ständerat seine Verkehrskommission beauftragt, den Netzbeschluss in den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds NAF zu integrieren. Nun schlägt die Kommission vor, die

betreffenden Autobahnprojekte teils zulasten des Bundes, teils zulasten der Kantone zu finanzieren. Unabhängig davon muss der NAF rasch unbefristete und ausreichende Mittel zur Mitfinanzierung des Agglomerationsverkehrs bereitstellen und damit weitere Agglomerationsprogramme sichern. Bisher tappen die Agglomerationen hinsichtlich Zukunft der Programme im Dunkeln.

Unternehmenssteuerreform III

Mit der Unternehmenssteuerreform soll die privilegierte Besteuerung von Statusgesellschaften aufgehoben und zugleich der Unternehmensstandort Schweiz gestärkt werden. Der Ständerat folgte im Dezember weitgehend dem Bundesrat und stimmte der Einführung einer Patentbox zu, lehnte aber Anträge für eine zinsbereinigte Gewinnsteuer ab. Der Städteverband hofft, dass der Nationalrat die Vorlage nicht überlädt, aber gleichzeitig dafür sorgt, dass die vom Bund vorgesehenen Ausgleichsmassnahmen auch den Städten und Gemeinden zugute kommen. Nationalrat Dominique de Buman (CVP/FR), ehemaliger Vizepräsident des Städteverbandes, hat dazu einen Antrag eingereicht.

Vernehmlassungen

Fördergelder für tiefere Krippentarife: Kritik am Ausschüttungsmodell

Mütter und Väter, die für die Kinderbetreuung zuhause bleiben, arbeiten oft nicht, weil das Zusatzeinkommen durch hohe Krippentarife aufgebraucht wird. Zu diesem Fazit kommt ein Bericht des Bundes, der zur familienexternen Betreuung erstellt wurde. Das Bundesamt für Sozialversicherungen schickte deshalb eine Vorlage in die Vernehmlassung, welche die Ausschüttung von 100 Millionen Franken Fördergeldern vorsieht. Damit sollen Krippensubventionen für die entsprechenden Einkommensklassen verbessert werden, zudem sollen innovative Betreuungsprojekte unterstützt werden. Aus Sicht der Städte weist das Vorhaben aber verschiedene Mängel auf, weshalb die Vorlage kritisch kommentiert wird. Es können sich beispielsweise nur Kantone um die För-

dergelder bewerben. Dies, obwohl die Organisation, Koordination und Finanzierung des Krippenangebotes verschiedenenorts eine rein kommunale Aufgabe ist. Es ist nicht sinnvoll, neue Organisationsstrukturen aufzubauen, nur um den Ausschüttungsmechanismen gerecht zu werden. Zudem wird die relativ kurze Laufzeit des Bundesprogrammes kritisiert.

Bund soll Ausbau von Frauenhäusern und Schutzinfrastrukturen unterstützen

Das Bundesamt für Justiz liess die Städte zu zwei Vorlagen Stellung nehmen, mit denen Opfer von häuslicher Gewalt besser geschützt werden sollen. Die Städte begrüßen insbesondere die Umsetzung der sogenannten «Istanbul-Konvention». Das internationale Übereinkommen sieht vor, Schutzmassnahmen auszuweiten und beispielsweise auch «Stalking» unter Strafe zu stellen. In der

Schweiz sind die notwendigen Anpassungen zur Umsetzung der Konvention relativ klein. Vorgesehen ist aber, das Angebot an Schutzunterkünften auszubauen. Die Städte und Gemeinden weisen in diesem Punkt darauf hin, dass sie Unterstützung vom Bund benötigen werden, weil die Hilfsangebote schon heute vielenorts an ihren Kapazitätsgrenzen angelangt sind.

Ein zweiter, mit der Istanbul-Konvention verknüpfter Vorentwurf für ein Gesetz schlägt unter anderem Regeln vor, um mit «Electronic Monitoring» gegen Stalker vorzugehen. In ihrer Beurteilung bitten die Städte den Bund hier, umsichtige Vorgaben festzulegen, die insbesondere auch auf die Situation des Opfers Rücksicht nehmen.

Weitere Vernehmlassungen unter:
www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Neues Präsidium des Netzwerks
Altersfreundlicher Städte

Der Städteverband möchte die Alterspolitik vorantreiben und den Erfahrungs- und Wissensaustausch unter den Städten in diesem Bereich fördern. Im letzten Jahr konnte die Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Altersfreundlicher Städte gestartet werden. An der letzten Vorstandssitzung des Netzwerks Altersfreundlicher Städte wurde der Schaffhauser Stadtrat Simon Stocker zum neuen und ersten Präsidenten des Gremiums gewählt.

Stocker ist in Schaffhausen Sozialreferent. In seinem Departement setzte er, zusammen mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, einen Schwerpunkt im Bereich Alter und konnte verschiedene innovative Vorhaben verwirklichen. So realisierte die Stadt etwa ein Partizipationsprojekt, bei welchem verschiedene Quartiere bei Spaziergängen mit älteren Menschen auf ihre Altersfreundlichkeit hin analysiert wurden.

Stocker war bereits vor seiner Wahl in den Schaffhauser Stadtrat beruflich im Altersbereich tätig. Der SSV freut sich, dass mit ihm eine Persönlichkeit mit vielfältiger Erfahrung im Altersbereich die Leitung des Netzwerks übernimmt. Das Netzwerk durfte im Januar auch drei neue Mitgliedsstädte begrüßen: Rapperswil-Jona, Neuchâtel und Riehen.

www.altersfreundlich.net

Partizipationsprojekte in Städten und
Gemeinden gut planen und umsetzen

Das Zentrum für öffentlichen Raum ZORA, das dem Städteverband angegliedert und an der Hochschule Luzern beheimatet ist, hat mit acht verschiedenen Städten Erfahrungen aus Partizipationsprojekten ausgewertet. Dabei wurde überprüft, was zum Erfolg führt, wenn der Bau und die Nutzung von Parks, Plätzen und Quartieren zusammen mit der Bevölkerung geplant wird. Festgestellt wurde etwa, dass die Vorbereitung dieser Partizipationsprozesse oft zu stark auf methodische Fragen fokussiert. Es ist aus Sicht der Analysegruppe entscheidend, die Ziele der Partizipationsverfahren frühzeitig zu definieren. Es sollte geklärt wer-

den, welche Wirkung die Ergebnisse haben. Hierbei ist es auch notwendig festzulegen, wie sie andere politische Entscheidungsgremien beeinflussen.

Aus den Ergebnissen der Analyse ist ein praktischer Leitfaden entstanden, der hilft, in der Erarbeitung der Partizipationsverfahren die richtigen Fragen zu stellen. Die Publikation mit dem Titel «Partizipation: Arbeitshilfe für die Planung von partizipativen Prozessen bei der Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums» kann auf der ZORA-Website heruntergeladen werden oder über info@zora-cep.ch für 10.- Franken in gedruckter Form bestellt werden.

www.zora-cep.ch

Städteverband sagt «Nein» zur
Durchsetzungsinitiative

Der Vorstand des Städteverbandes hat für die Abstimmung über die sogenannte Durchsetzungsinitiative vom 28. Februar die «Nein»-Parole beschlossen. Er ist der Ansicht, dass das Vorhaben gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstösst und das in der Bundesverfassung verankerte Rechtsprinzip, wonach staatliches Handeln verhältnismässig sein muss, missachtet. Die Initiative nimmt weiter einen Konflikt mit dem Abkommen über die Personenfreizügigkeit in Kauf. Die Sicherung der Bilateralen Verträge ist aus Sicht der Städte ein zentrales Anliegen der schweizerischen Wirtschafts- und Aussenpolitik. Gute Beziehungen zu Europa haben für das Gedeihen der Wirtschaftsmetropolen elementare Bedeutung.

www.staedteverband.ch

Tagung «Prävention und Bekämpfung von
Extremismus und Radikalisierung»

Im Rahmen einer Tagung des Städteverbandes und der Stadt Bern, welche am 23. Juni 2016 im Berner Kursaal stattfinden wird, soll den aktuellen Herausforderungen rund um die verschiedenen Extremismustendenzen auf den Grund gegangen werden. Vorgeesehen ist, den Erfahrungsaustausch in diesem Bereich zu fördern und Strategien zur Prävention und Bekämpfung von Extremismus vorzustellen und zu diskutieren.

www.staedteverband.ch

Kurzmeldungen

Honorarempfehlungen für Planer

Die Koordinationskonferenz der Bau- und Liegenschaftsorgane der öffentlichen Bauherren KBOB hat ihre diesjährigen Empfehlungen zur Honorierung von Architekten und Ingenieuren publiziert. Sie richten sich insbesondere auch an Fachleute in Städten und Gemeinden.

www.kbob.admin.ch

Förderung für nachhaltige Mobilität

Die neu geschaffene Koordinationsstelle für nachhaltige Mobilität KOMO des Bundesamts für Energie sucht innovative Projekte zur nachhaltigen Mobilität und gewährt bei erfolgreicher Bewerbung z.B. Anschubfinanzierungen. Eingabeschluss für Projekte ist der 30. April 2016.

www.energieschweiz.ch/komo

Tag des Friedhofes

Mehrere Städte werden am 17./18. September einen «Tag des Friedhofs» veranstalten. Dieser soll den Menschen den Friedhof als Ort der Ruhe, der Trauerbewältigung und als Erholungsraum näher bringen. Es sind dabei auch Anlässe geplant, etwa naturkundliche, gartenhistorische und gärtnerische Führungen. Die Vereinigung der Schweizerischen Stadtgärtnereien und Gartenbauämter bietet Städten, die ebenfalls einen «Tag des Friedhofs» ausrichten möchten, Informationen und Beratung. (Walter Glauser, Stadtgrün Bern, 031 321 75 22, walter.glauser@bern.ch)

Energy Challenge 2016

Der jährlich durchgeführte Nationale Energiekonzept-Kongress widmet sich am 26. Mai 2016 der aktuellen Schweizer Energiepolitik und deren Auswirkungen auf die kommunale Ebene. Die Austauschplattform stellt Umsetzungsfragen ins Zentrum.

www.energie-tage.ch

Mit dem Velo zur Arbeit

Pro Velo lanciert die 12. Ausgabe von «bike to work». Stadt- und Gemeindeverwaltungen können sich wie auch Betriebe für Mai oder Juni oder für beide Monate anmelden und ihre Mitarbeitenden an der Aktion starten lassen.

www.biketowork.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 23. Juni 2016** **Tagung «Prävention und Bekämpfung von Extremismus und Radikalisierung»** in Bern
Information: Barbara Brechbühl, Telefon 031 356 32 32, info@ssv.ch
- 25./26. August 2016** **Städtetag 2016 «Städte der Zukunft – die Zukunft der Stadt»** in Schaffhausen
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@ssv.ch
- 31. August 2017 / 1. September 2017** **Städtetag 2017**
Datum bitte bereits vormerken!

Organisation Kommunale Infrastruktur

- 20. Mai 2016** **Kongress «Stadtreinigung - saubere Gemeinden»** in Biel
Information: Romana Kocher, Telefon 031 356 32 42, info@kommunale-infrastruktur.ch
- 30. Juni 2016** **Seminar - «Evaluation und Vergabe von Planer- und Werkleistungen mithilfe des KBOB-Vergabetools»** in Olten
Information: Romana Kocher, Telefon 031 356 32 42, info@kommunale-infrastruktur.ch
- 30. Juni 2016** **Seminar - «Verrechnung von Preisänderungen im Baubereich mit den Vertragsnormen SIA 122, 123 und 126»** in Olten
Information: Romana Kocher, Telefon 031 356 32 42, info@kommunale-infrastruktur.ch

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 21. April 2016** **Delegiertenkonferenz der Städtekonferenz Kultur** in Bern
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 32, info@skk-cvc.ch
- 20. Mai 2016** **Mitgliederversammlung der Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren KSFD** in Bern
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 32, info@ksfd.ch
- 20. Juni 2016** **Mitgliederversammlung der Städtekonferenz Mobilität** in Bern
Information: Roman Widmer, Telefon 031 356 32 32, info@skm-cvm.ch
- 9. September 2016** **KSFD-Fachveranstaltung «Städte und Gemeinden unter Spardruck»** in Bern
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 32, info@ksfd.ch

Weitere Organisationen

- 8./9. März 2016** **Swiss eGovernment Forum 2016 «Herausforderungen der digitalen Transformation»** in Bern, (Patronat SSV)
Information: www.infosocietydays.ch
- 26. Mai 2016** **4. Nationaler Energiekonzept-Kongress St.Gallen** in St.Gallen (Patronat SSV)
Information: www.energiekonzeptkongress.ch
- 7. - 9. Juni 2016** **GEOSummit 2016 - Messe und Kongress für Geoinformation** in Bern (Patronat SSV)
Information: www.geosummit.ch
- 17. Juni 2016** **Generalversammlung der Schweizerischen Konferenz der Stadt- und Gemeindeschreiber 2016** in Solothurn
Information: www.stadtschreiber.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Andrea Zimmermann, Ariane Gigon (Übersetzungen), Maja Münstermann, Martin Tschirren, Karin Christen, Roman Widmer
Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Bild Seite 2: zvg
Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch